

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (2016)
Heft: 2: Geordneter Atomausstieg

Rubrik: Energie aktuell

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Handbremse lösen bitte!



Foto © Noemi Tirro/jpg

vs. Anfang April hat der Bundesrat einen Bericht zu energetischen Gebäudesanierungen im Mietwohnungsbereich veröffentlicht und damit ein Postulat von SES-Präsident Beat Jans erfüllt. Der Bund anerkennt, dass es sowohl wirtschaftliche Anreize aber auch preisgünstigen Wohnraum braucht. Damit werden auch die Forderungen der SES-Fachtagung «Energiewende aus Mietersicht» von 2015 bestätigt. Es gilt, die Handbremse zu lösen und entsprechende Massnahmen umzusetzen. Vor diesem Hintergrund sind die jüngsten Pläne des Nationalrats komplett fehl am Platz: Werterhaltende und wertvermehrnde energetische Sanierungen sollen steuerlich voll abgezogen werden können, ohne dass sie überhaupt mit einem energetischen Minimalziel verknüpft werden.

Alpiq Leaks – AKW dem Staat oder Konkurs?

Bei der Kernenergie ist die Problematik noch nicht bekannt – die Politik wurde jahrelang von den Stromunternehmen so informiert, dass die Kernenergie unproblematisch ist und nicht diskutiert werden muss. Dies war auch eine vernünftige Taktik, denn jedes „Problem“ der Kernkraft erhöht sofort die Zahl grundsätzlich kritischer Stimmen. Die Thematisierung der wirklichen kommerziellen Situation bietet ja auch genau das Potential „des Ausschüttens des Kind mit dem Bade“. Deshalb muss a) der richtige Moment und b) der richtige Absender und c) die richtige Tonalität gefunden werden, um das kommerzielle Problem ins Bewusstsein zu rufen.

jb. Im März berichtete die «Basler Zeitung» über ein Lobbying-Konzept, welches die PR-Agentur Hirzel.Neef.Schmid.Konsulenten im Auftrag der Alpiq erstellt hat. Darin werden Strategien und Massnahmen formuliert, wie der Stromkonzern mit der Beeinflussung von Politikern, der Instrumentalisierung der Wissenschaft und mit Staatshilfe wieder schwarze Zahlen schreiben will. Teil des Plans: Das defizitäre AKW Gösgen soll samt seiner Ewigkeitskosten dem Bund vermacht werden. Denn die Alpiq verliert mit dem Betrieb jeden Tag Geld und nach Betriebsende folgen unabsehbare Milliardenkosten für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung. Aus Sicht der SES kann eine Abwicklungs-Genossenschaft volkswirtschaftlich und sicherheitstechnisch von Vorteil sein. Bedingung muss aber sein, dass die Laufzeiten der AKW auf maximal 40 Jahre begrenzt werden. Denn wenn die Allgemeinheit das grosse Aufräumen schon bezahlt, dann soll ihr nicht auch noch ein Uralt-Reaktor um die Ohren fliegen.

» Das lesenswerte Geheimpapier gibt es auf energiestiftung.ch.

Die Wasserkraft muss gar nicht gerettet werden



fn. Die Wasserkraft gehe bachab, klagen viele Stromkonzerne. Sie müsse gerettet werden. Diese Forderung stösst auf offene Ohren, ist doch die Wasserkraft als umweltfreundliche, einheimische Technologie ein Sympathieträger. Die Politik hat reagiert und will einen Teil der Fördergelder für neue erneuerbare Energien für die «Rettung» der bestehenden Grosswasserkraft abzwacken. Zu Recht?

Richtig ist: Das Stromüberangebot in Europa (dank billiger Kohle) drückt die Marktpreise. Einige Wasserkraftwerke können nicht mehr gewinnbringend betrieben werden. Offenbar ist schon vergessen, dass sie jahrzehntelang wahre Goldesel waren. Das werden sie auch wieder sein: Das Ende der Atomkraft ist nah und die Pariser Klimapolitik wird den Ausstieg aus der Kohle beschleunigen. Rund die Hälfte der Wasserkraftwerke sind Speicherkraftwerke. Für sie sind nicht der durchschnittliche Strompreis an der Börse entscheidend, sondern die Spitzenpreise. Und diese werden sich mit dem Wegfallen der Bandkraftwerke (Atom und Kohle) rasch erholen. Wasser-, Wind- und Sonnenkraft ergänzen sich perfekt: Bei Flauten oder Bewölkung übernimmt die Wasserkraft.

Heute können viele Wasserkraftwerke ihren Strom zu Gestehungskosten an Monopolkunden verkaufen, sie sind also gar nicht abhängig von den Börsenpreisen. Unter diesen leiden vor allem die Stromhandelskonzerne. Wenn diese «Wasserkraftwerke» sagen, meinen sie oft gar nicht Kraftwerke, sondern Pumpspeicherwerke. Diese «Wasserbatterien» verbrauchen mehr Strom als sie produzieren. Sie wurden geplant, um in Kombination mit neuen Atomkraftwerken deren überschüssigen Nachtstrom zu verwerten bzw. zu veredeln. Nach Fukushima und dem Beschluss, keine neuen Atomkraftwerke zu bauen, bleiben die Betreiber auf Milliardeninvestitionen sitzen. Die Pumpspeicher könnte man dereinst für einen allfälligen Überschuss aus erneuerbaren Kraftwerken einsetzen. Von diesen gibt es aber noch zu wenig – auch dank des Lobbyings genau dieser Konzerne, die die Förderung von Solar- und Windenergie bremsen, wo es nur geht.

Drei von vier Personen unterstützen Energiewende



vs. Die neue Ausgabe der langjährigen UnivoX Umwelt-Studie von gfs-Zürich liefert das erste umfassende Bild des Schweizer Umweltbewusstseins seit den Wahlen. Sie untersucht auch die

Einstellungen zu Klimaschutz und Energiewende, dem grössten laufenden Projekt in der Umweltpolitik.

Die Unterstützung für die Energiewende hält auf hohem Niveau an: 77 % schätzen sie als positiv oder eher positiv ein (Vorjahr: 77 %). 57 % halten sie für machbar (Vorjahr: 55 %). 61 % wünschen mehr politischen Einsatz fürs Klima, etwa ein Verbot von Ölheizungen mit Übergangsfrist (50 %). Bloss knapp ein Viertel spricht sich gegen ein solches Verbot aus. Nur gerade 15 % sehen wirtschaftliche Nachteile in der Energiewende, drei Mal mehr hingegen sehen Vorteile. 60 % der Studien-Teilnehmer schätzen generell die Umweltbelastung als grosse bis sehr grosse Bedrohung für unseren Wohlstand ein.

» www.gfs-zh.ch

Tschernobyl – 30 Jahre Gefahr



Foto: © Denis Sinyakov / Greenpeace

mp. Im Dunst der verlassenen Stadt Prypjat wächst der neue Sarkophag, der die Ruine des explodierten Reaktors 4 einschliessen soll. Der Bau kommt nur stockend voran. Doch die Zeit drängt: Der alte Sarkophag, der kurz nach dem GAU im Eiltempo gebaut wurde, ist brüchig. Bricht die notdürftig gestützte Konstruktion ein, tritt erneut radioaktive Strahlung aus. Auch der neue Einschluss ist nur eine Lösung auf Zeit: Halten soll er die nächsten 100 Jahre. Und dann?

Tschernobyl zeigt, wie endlos die Aufräumarbeiten nach einem Super-GAU sind. Und wie teuer: Allein der Bau des neuen Sarkophags kostet mehr als 2 Milliarden Euro. Die Schweiz trägt diese Kosten mit (9,3 Millionen). Es wird Zeit, die finanziellen Folgen eines Super-GAUs und das Risiko weiterer Unfälle angemessen in den Kosten des Atomstroms abzubilden!

Ja zu «Züri atomfrei»

Foto: © Michael Buser



ne. Am 5. Juni stimmt die Stadt Zürich über die «Züri atomfrei»-Initiative ab. Diese will, dass dem 2008 mit der 2000-Watt-Gesellschaft beschlossenen Atomausstieg Taten folgen. Die Beteiligungen von ewz an den AKW Gösgen und Leibstadt sowie den französischen AKW Bugey und Cattenom sollen spätestens 2034 verkauft werden. Angesichts der schlechten finanziellen Lage der Schweizer AKW keine einfache Vorgabe. Damit erhöht sich aber der Druck auf den Stadtrat, sich mit den Anteilen in der noch verbleibenden Zeit für einen raschen Atomausstieg stark zu machen. So oder so hat die Abstimmung Signalwirkung für die nationale Atomausstiegsinitiative im Herbst. Die SES empfiehlt allen StadtzürcherInnen, ein Ja in die Urnen einzulegen.

» www.zueri-atomfrei.ch

Menschenstrom gegen Atom 2016

Foto: Greenpeace / Ivan Suta



vs. Am Sonntag, 19. Juni, findet in der Aargauer Region um das Atomkraftwerk Beznau zum vierten Mal die nationale Kundgebung «Menschenstrom gegen Atom» statt. Über 20 atomkritische Parteien und Organisationen – darunter auch die SES – rufen zur friedlichen Demonstration auf. Im Mittelpunkt ihrer Forderungen steht die sofortige, definitive Ausserbetriebnahme des weltweit ältesten Atomkraftwerks in Beznau.

In beiden Reaktoren wurden im sicherheitstechnischen Herzstück in den Wänden des Reaktordruckbehälters Schwachstellen gefunden. Beznau II ging bereits an Weihnachten 2015 wieder ans Netz. Die Axpo beabsichtigt, Beznau I diesen Sommer wieder in Betrieb zu nehmen – trotz ungeklärter Ursachen und laufender Untersuchungen.

» www.menschenstrom.ch